

Dario Azzellini

## Keine Verdichtung unter dieser Nummer

Das Fenster zu gesellschaftlicher Veränderung hat sich in Griechenland und Spanien wieder geschlossen

In den vergangenen zwei Jahren fand eine wahrliche Stafette der linken Wahlhoffnungen statt. In Europa wurde nach den großen sozialen Mobilisierungen 2010 bis 2013 eine lange Reihe von Kandidaten (Alexis Tsipras, Jeremy Corbyn), Parteien (Izquierda Unida, Syriza, Podemos) und Ländern (neben Griechenland und Spanien auch Portugal) zum Hoffnungsträger für schnelle Veränderung. Die Notwendigkeit einer Verschiebung institutioneller Kräfteverhältnisse und die Einflussnahme auf politische Entscheidungen im Rahmen der parlamentarischen Demokratie liegen auf der Hand. Ebenso die Notwendigkeit, dass linke Bewegungen, Initiativen und institutionelle Akteure produktiv zusammenarbeiten, um einen Politikwechsel einzuleiten. Doch sind die großen Hoffnungen auf den institutionellen Weg begründet? Können Parteien und Wahllisten den Protest der Bewegungen in ein alternatives gesellschaftliches Projekt verwandeln und mittels Beteiligung an den Institutionen der repräsentativen Demokratie die Austeritätspolitik stoppen, so wie sie es beanspruchen? Welche Schlüsse können aus den Erfahrungen in Griechenland und Spanien bezüglich der „Verdichtung“ in der Parteiform und des Verhältnisses von Bewegungen und Parteien gezogen werden?

Die großen sozialen Mobilisierungen der vergangenen Jahre waren durch Praktiken direkter Demokratie und der Ablehnung der liberalen Demokratie und

Parteien geprägt. „Ihr repräsentiert uns nicht“ schallte es millionenfach von den Straßen (Azzellini 2013; Sitrin/Azzellini 2014). Die neuen Bewegungen zeigten eine ungeheure schöpferische Fantasie und Kreativität, experimentierten mit neuen Praktiken und Organisationsformen, entwickelten jedoch keine Form der Organisation des Protests in einem gesellschaftlichen Alternativprojekt. Der Fokus linker Aufmerksamkeit verschob sich zunehmend auf die institutionalisierte Politik. Zwar sind die Bewegungen nicht völlig verschwunden, sondern diffundierten in konkrete Projekte in Nachbarschaften und Arbeitsstätten (Azzellini 2014; Sitrin/Azzellini 2014). Doch aus dem Blickfeld der Medien sind sie damit genauso herausgerückt, wie aus dem derjenigen, die nicht direkt involviert sind.

Während und im Anschluss an die großen Bewegungen drängten zahlreiche linke AutorInnen darauf, die Bewegungen müssten sich in Parteien verwandeln bzw. mit linken Parteien verbünden. Die Verdichtung von Politik erfolge in der Partei (Porcaro 2011; 2013; Rehmann 2013; Wainwright 2012). Der Vorschlag ist weder überraschend noch originell. Die Parteiform wird von ihren AnhängerInnen in jeder Situation als richtige Antwort gehandelt, auf die Schwäche der Linken, wie auch auf ihre Stärke, auf fehlende wie auf massive soziale Mobilisierung. Die Vorschläge, wie die „verdichtende Partei“

aussehen soll, sind dann auch meist nicht so neu. Sei es die autoritäre Variante mit „relativ enggestrickte[n] Führungsgruppen, die zuweilen oligarchisch oder halb-autoritär regredieren mögen“ (Porcaro 2011); oder die Partei mit der Strategiebildung auf der Grundlage der Überwindung von „sozialen und kulturellen Spaltungen zwischen und innerhalb der subalternen Klassen“ (Rehmann 2013). Beides ist angesichts dessen, was die neuen Bewegungen auszeichnet, schwer vorstellbar.

Es sind aber auch neue Parteien und Wahlinitiativen mit ganz anderen Ansprüchen und Vorstellungen entstanden, gegründet von BewegungsaktivistInnen – vor allem im spanischen Staat. In Madrid etwa gehörten der eher autonome post-operaistische Verlag samt Buchhandlung *Traficantes de Sueños*, die noch vor drei Jahren Parteien oder Wahlpolitik kategorisch ablehnten, zu den treibenden Kräften bei der Gründung der lokalen Wahlliste „*Ganemos Madrid*“ und schließlich der breiteren Liste „*Ahora Madrid*“, welche die neue Bürgermeisterin stellt: Manuela Carmena. Es ist zweifellos eine Zeit politischer Rekonfiguration. So ist auch Antonio Negri (2015), der vor nicht allzu langer Zeit noch den „*Exodus*“ aus der Gesellschaft propagierte, nun plötzlich auf dem entgegengesetzten Pol wiederzufinden und will Europa mit einer Front von Antiausteritätsparteien umkrepeln.

Doch ein genauerer Blick auf die „gegenwärtig relativ erfolgreichen Linksparteien“ (Rehmann 2013) offenbart wenig Grund zur Hoffnung. Die Wahlergebnisse bleiben fast immer weit hinter dem zurück, was die Tiefe der Krise und die Verschlechterung der Lebenssituation erwarten ließen. So beruht die Hoffnung auf Veränderung letztlich darauf, dass Linksparteien als kleinere Partner der Sozialdemokratie die neoliberale Ausrichtung der EU kippen

könnten. Diese Hoffnung entbehrt jeder Grundlage. In den vergangenen drei Jahrzehnten sind es die sozialdemokratischen Parteien gewesen, die in Europa Neoliberalismus und Austerität ermöglicht haben. Und die Erpressung Griechenlands hat gezeigt, wo die Sozialdemokratie steht. An den vergangenen 15 Jahren Regierungsbeteiligung von Linksparteien ist deutlich geworden: Ein Linksruck findet nicht statt. Zudem schwächten sie meist Bewegungen und Linksparteien.

Die Anpassung an institutionelle Realpolitik erfolgt im rasenden Tempo. Selbst an den Funktionsweisen alter und neuer linker Parteien und ihrem Verhältnis zu den Bewegungen ist viel weniger neu als oft angenommen. Weder gelingt es den neuen Parteiinitiativen noch den alten Linksparteien eine Synthese herzustellen. Die alten Linksparteien können kaum überzeugen, während die neuen Linksparteien den alten Politikstil, inklusive Führungsangel, Top-down-Entscheidungen und Taktiererei übernehmen und so schnell den herkömmlichen Parteien ähnlich werden.

Moisei Ostrogorski, Gründer der Parteiensoziologie, stellte schon 1902 fest, dass demokratische Parteien eine nahezu pathologische Tendenz haben, sich in bürokratische und oligarchische Organisationen zu verwandeln (Ostrogorski 1902). Dem liegt keineswegs ein Automatismus zugrunde – die CUP (*Candidatura d'Unidad Popular*) in Katalonien und die Wahllisten in verschiedenen spanischen Städten gilt es diesbezüglich weiter zu beobachten –, dennoch entwickeln sich Parteien fast immer so. Die institutionelle Partizipation drängt zur Konstituierung als Partei, da sie die funktionalste Form für das System ist. Die Parteiform wiederum fördert Hierarchien, Autoritarismus und Repräsentation, da sie selbst Teil einer politischen und institutionellen Architektur

ist, die auf Grundlage dieser Prinzipien funktioniert. Entsprechend groß ist der immanente Druck, sich diesen Mechanismen anzupassen. Der Anpassungsdruck wirkt auf Form und Inhalt. Die institutionelle Logik verleitet dazu, Mehrheiten im Status quo zu suchen (nahezu alle Parteien beanspruchen die Mehrheit zu repräsentieren), anstatt sie in Kämpfen um soziale Transformation herzustellen. Die Realpolitik bahnt sich ihren Weg. Auch das ist keine alternativlose Entwicklung, aber eben sehr wirkungsmächtig, wie wir in Griechenland und Spanien sehen können.

## Griechenland

Als größte Hoffnung der europäischen Linken galt Syriza. Das Resultat der ersten EU-Linksregierung, die den Auftakt bilden sollte, die Austerität in der gesamten EU zurückzudrängen, ist jedoch sehr ernüchternd. Sicher, die Erpressung durch die EZB und EU, angetrieben von der deutschen Regierung, ist brutal. Die griechische Regierung kann fast nichts entscheiden, alles wird aus Brüssel vorgegeben, inklusive Gesetzestexte, die das helenische Parlament absegnen muss. „This is a coup!“ hieß es folgerichtig. Die sich daran anschließende Frage, warum sich die Linke für eine Marionettenregierung nach einem Coup hergeben sollte, wurde aber noch nicht beantwortet. So hat die Syriza-Regierung ein Memorandum ermöglicht, das keine andere Regierung so widerstandslos hätte unterzeichnen können. Dafür hat sich Tsipras über alle Wahlversprechen, das Referendumsergebnis und über alle innerparteilichen Entscheidungsgremien hinweggesetzt. Er berief Neuwahlen ein, verschob den Parteikongress und suchte die WahlkandidatInnen persönlich aus. Selbst der ehemalige Finanzminister Yanis Varoufakis bezeichnete das Vorgehen als

„Verrat“ an der griechischen Bevölkerung, an den Nein-Stimmen beim Referendum und der eigenen Partei (*The Guardian*, 22.8.2015).

Den Kurs mit Tsipras' Wiederwahl zu rechtfertigen ist demokratisch bedenklich und schwer zu halten. Die Wahlbeteiligung sank 63,62 auf 56,7 Prozent (davon 2,4% ungültige oder leere Stimmzettel), so niedrig wie noch nie zuvor. In absoluten Stimmen verlor Syriza 320.000 Stimmen und bekam 35,46 Prozent. Das Ergebnis unterscheidet sich aber qualitativ von den 36,34 Prozent im Januar. Damals wurde gegen Austerität und für ein anderes gesellschaftliches Projekt gestimmt; im September wurde die weniger schlimme Austeritätspartei gewählt. Dass die Syriza-Abspaltung LAE (Laiki Enotita, Volkseinheit) mit nur 2,86 Prozent den Einzug ins Parlament verpasste, lag nicht an einer plötzlichen Zustimmung zu Memoranden. Vielmehr versprühte die LAE von Beginn an kaum Anziehungskraft. Es ist eine weitere Parteigründung „von oben“ ohne Aussicht auf einen Wahlerfolg, was hingegen Syriza ja gerade so interessant gemacht hatte. Angesichts der Tatsache, eigentlich nur ein Glaubensbekenntnis abgeben zu können, entschieden sich viele GriechInnen dazu, gar nicht zu wählen oder pragmatisch eine konservative Nea-Dimokratia-Regierung zu verhindern.

Eine Analyse, die nur Prozentpunkte bei Wahlen zählt, verkennet die grundlegenden gesellschaftlichen Verschiebungen, die Syriza verursacht hat und die die Chancen für jedes linke Projekt rapide verschlechterten. Anstatt die Austeritätsfront in der EU zum Wanken zu bringen, „hat es der Stab des Ministerpräsidenten mit einer erstaunlichen Mischung aus Illusionen und bürgerlicher Europatümelei, Parteichef-Autokratie, Undurchsichtigkeit und Unwahrhaftigkeit, undemokratischen

Machenschaften und Unmoral geschafft, SYRIZA als Partei in Stücke zu schlagen, die sozialen Bündnisse zu verlassen, einen großen Teil des 62 % OXI' zu enttäuschen, einen Teil der Gesellschaft zu überzeugen, daß es keine Alternative gebe und der einzige Weg die Memoranden seien; sie haben es geschafft, objektive Bedingungen für die Stärkung der extremen Rechten zu schaffen und vor allem, die Ideen und die moralische Dominanz der Linken zu diskreditieren“ (Dyktio 2015).

Das Möglichkeitsfenster, welches sich im Januar 2015 öffnete und mit dem OXI-Sieg noch einmal aufgestoßen wurde, hat Syriza nicht genutzt. Es scheint, als sei das Referendum mit der Erwartung organisiert worden, es zu verlieren.<sup>1</sup> Weitgehend unfähig, eine Politik außerhalb der staatlichen Institutionen zu denken, hat Syriza jenseits des Referendums keine gesellschaftlichen Dynamiken in Gang gesetzt und zudem keinen „Plan B“ gehabt. Dabei wäre eine Radikalisierung und gesellschaftliche Mobilisierung notwendig gewesen, um den Druck auf die EU zu erhöhen und die gesellschaftlichen Bedingungen für einen Grexit oder eine andere finanzpolitische Maßnahme herzustellen. Dafür hätte sich Syriza auf eine gesellschaftliche Dynamik einlassen müssen, die nicht mehr unter der Leitung von Partei und Institutionen steht und unkontrollierbar werden kann. Das widerspricht der Logik von systemimmanenten Parteien und dieser Weg ist nur sehr selten eingeschlagen worden, etwa in Venezuela mit Hugo Chávez. Tsipras hatte hingegen, wie es ein Aktivist aus Thessaloniki

mir gegenüber ausdrückte, mehr Angst vor der eigenen Bevölkerung als vor der Troika. Nur hatte Syriza zuvor genau das Gegenteil vorgegeben: Im Vorfeld wurden viele Forderungen der Bewegungen vertreten, die Existenz eines Plan B wurde mehrmals verkündet, während eine Unterzeichnung des Memorandums kategorisch ausgeschlossen wurde.

Eine Alternative zur Austerität ist nur mit einem Mindestmaß an Lenkungs- und Eingriffsmöglichkeiten in die Finanz- und Währungspolitik möglich. Dies kann kaum im Rahmen des Euro geschehen. Ist aber ein Grexit nicht begleitet von radikalen Eingriffen der Regierung und einer allgemeinen Mobilisierung der Bevölkerung, führt er zu einer größeren Ungleichverteilung. Das Argument, ein Grexit würde eine ökonomische Katastrophe bedeuten, blendet aus, dass diese längst da ist: Der produktive Apparat ist weitgehend zusammengebrochen und große Teile der Bevölkerung können ihre Grundbedürfnisse (Nahrung, Gesundheit) nicht befriedigen. Während die Umsetzung der Memoranden die Situation weiter verschlechtert und zementiert, hätte ein Grexit zumindest eine andere Option eröffnet. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, als Regierung zurückzutreten und sich am Widerstand gegen die Memoranden zu beteiligen. Wenn keine Möglichkeit zur Gestaltung besteht, sollen die Verursacher des Desasters ihre tödliche Medizin selbst anbringen. Selbstverständlich gibt es auch hier keine Erfolgsgarantie. Doch angesichts der Alternativlosigkeit war eine Flucht nach vorne die einzige Option. Dazu war die Syriza-Regierung nicht bereit. Sie verließ sich vollständig darauf, Kraft der besseren Argumente die Austeritätspolitik in trauter Runde in Brüssel kippen zu können und dann eine andere Politik im institutionellen Rahmen zu betreiben. Eine Strategie, die scheitern

1 Eine ähnliche Vermutung äußert auch Jannis Milios, der bis Frühjahr 2015 Chefökonom bei Syriza war. Vgl. <https://www.jacobinmag.com/2015/07/tsipras-euro-merkel-debt-grexit/>, Zugriff: 25.10.2015.

musste: „Syriza musste kapitulieren, da sie sich auf einen aussichtslosen Kampf eingelassen und den einzig gangbaren Weg verworfen hat: den Austritt aus Europa“ (Agamben 2015).

Der Bewegungslosigkeit der Regierung stand allerdings auch eine abwartende Haltung eines Großteils der Bevölkerung und der Bewegungen gegenüber, die kaum mobilisierten, auf Lösungen drängten oder Tatsachen schafften – etwa durch massive Besetzungen von geschlossenen Betrieben oder andere Formen der gesellschaftlichen Aneignung. Diese Haltung ist auf Skepsis gegenüber Syriza ebenso zurückzuführen wie auf hoffnungsvolle Erwartungen. Viele Linke schwiegen auch, weil öffentliche Kritik an Syriza während der ersten Tsipras-Regierung unter Linken als Tabu galt.

Während im Ausland die Euphorie bezüglich Syriza überwog, waren viele Bewegungslinke in Griechenland eher skeptisch, obwohl die meisten von ihnen im Januar 2015 für Syriza stimmten und im Juni für ein OXI im Referendum mobilisierten. Der Hintergrund war, dass Syriza keine Neugründung war, sondern 2004 als Wahlbündnis linker Splittergruppen und Parteien entstand, dominiert von der „sozialistischen“ Synaspismos. Bis 2009 lag ihr Stimmenanteil um die fünf Prozent. Als Bündelung linker Kräfte gegen Austeritätspolitik, mit einem klaren öffentlichen Bezug auf die Bewegungen und mit der Position, kein Memorandum zu unterzeichnen, konnte Syriza im Verlauf der Krise hohe Stimmengewinne verzeichnen. Doch trotz der öffentlichen Positionierung war Syriza bereits einen langen Weg der Anpassung gegangen. Das Patentrezept zur Lösung der Krise lautet für Syriza ganz konventionell „Wirtschaftswachstum“. Der Horizont der Gesellschaftsorganisation bleibt in der fordistischen Scheindichotomie Staat/Privat verhaftet. So

erklärten Syriza-VertreterInnen den über 50 autonomen Gesundheitskliniken, die in Griechenland angesichts des nahezu kollabierten öffentlichen Gesundheitssystems Zehntausende versorgen, dass die Kliniken nicht mehr notwendig seien, wenn die öffentliche Gesundheitsversorgung unter einer Syriza-Regierung wieder ordnungsgemäß funktioniere. Einmal an der Regierung tat Syriza nichts zur Unterstützung der besetzten und unter Arbeiterkontrolle produzierenden Fabrik Vio.Me., deren Gelände Ende 2015 versteigert werden soll. Anstatt Dynamiken der Selbstverwaltung zu unterstützen und weitere Inbetriebnahmen durch ArbeiterInnen zu ermutigen, wurde dem seit zwei Jahren von den Beschäftigten besetzten und selbstverwalteten öffentlichen TV-Sender ERT3 ohne Diskussion ein neues Direktorium vor die Nase gesetzt.

Das Verhältnis von Syriza zur Selbstorganisation war bereits vor Unterzeichnung des Memorandums nicht so rosig, wie häufig im Ausland, etwa Deutschland, dargelegt. Einerseits war Syriza keineswegs in allen Kämpfen und Bewegungen präsent; andererseits gab es in allen Bewegungen, in denen Syriza politisch oder personell beteiligt war, Konflikte altbekannter Natur. Seien es die selbstorganisierten Gesundheitskliniken oder die Kampagne gegen Wasserprivatisierung, sie alle beklagen Vereinnahmungsversuche von Syriza. Auf dem konkreten Terrain agierte Syriza nicht anders, als die Vorgängerparteien, die in Syriza fusionierten.

Die linken Debatten um einen Euro-Austritt versus Griechenland als Baustein, um den EU-Austeritätskurs zu kippen, gehen aber an der Realität vorbei. Der Grexit verfügt über keine gesellschaftlich relevante Unterstützung, während die Syriza-Regierung Resultat gesellschaftlicher Resignation und des Umsatteln der Eliten ist. Keine der

beiden Optionen verfügt über ein alternatives gesellschaftliches Projekt und keine ist mit Bewegungen verbunden. Syriza ist nicht Teil einer europäischen Anti-Austeritätsfront, sondern setzt EU-Austeritätspolitik um: Flughäfen und Häfen werden privatisiert, Renten wurden gekürzt, das Rentenalter auf 67 Jahre angehoben, Steuererleichterungen für Bauern und Bäuerinnen werden abgeschafft. Eine Erhöhung der Steuern für VermieterInnen von Immobilien wurde jedoch aus einem Gesetzesentwurf wieder herausgestrichen. Sogar das Moratorium für Zwangsräumungen von Menschen, die dadurch ihre einzige Unterkunft verlieren (zu Beginn der Krisenjahre von konservativen Regierungen eingeführt und stets verlängert), ließ Syriza auslaufen. Da spielt es keine Rolle, dass Syriza die Maßnahmen bedauert. In dieser Situation wirkt so manche unbeirrbar Unterstützung für Syriza denn auch wie ein religiöses Bekenntnis, das jeder materiellen Grundlage entbehrt, etwa wenn Negri Syriza und Tsipras noch im September 2015 als Teil der Anti-Austeritätsfront angeführt sieht und fordert, dass ihnen „mehr Zeit gegeben werden soll“, denn wenn „ihm aufgezwungen wird, die Flughäfen zu privatisieren kann er sagen: dann verstaatliche ich die Häfen. Schreiben sie ihm vor das nationale Tariflohnsystem zu ändern? Dann kann er vielleicht mit einem garantierten Grundeinkommen antworten“ (Negri 2015).

## Spanien

Im spanischen Staat existierte bereits vor den großen Bewegungen (2011) eine Vielzahl landesweiter und regionaler Linksparteien, von denen Izquierda Unida (Vereinigte Linke, IU) die größte war. Mit Abflauen der Bewegungen kam es zu einer Vielzahl landesweiter, regionaler und lokaler Partei- und Wahllistengründungen.

Diese gingen aus den Bewegungen hervor, womit sich die Situation von anderen Kontexten unterscheidet. Externe BeobachterInnen hofften zunächst auf einem massiven Stimmenzuwachs für IU. Doch die blieb mit Ergebnissen um zehn Prozent bei den EU-Wahlen 2014 weit hinter den eigenen Ergebnissen Mitte der 1990er Jahre zurück. Die Unterstützung von IU für die sozialistische Minderheitsregierung von José Luis Rodríguez Zapatero (April 2004 bis April 2008) und die Beteiligung an sozialdemokratischen und konservativen Lokal- und Regionalregierungen nährten das Misstrauen. In Umfragen im Herbst 2015 lag IU bei etwa vier bis sechs Prozent.

Entgegen verbreitetem Wunschdenken standen „Izquierda Unida, Gewerkschaften und 15-M“ nie in einem „produktiven Spannungsverhältnis“ (Candeias 2013: 146). Die Bewegungen waren stets darauf bedacht, Distanz zu IU und den Gewerkschaften zu wahren. Dass die Basis der Gewerkschaften viele Diskurse, Organisations- und Aktionsformen der 15-M übernommen und dabei die Apparate der eigenen Organisation vor sich her getrieben hat, sollte nicht mit einer „strategischen Reorientierung der Gewerkschaften“ (Candeias 2013: 145) verwechselt werden. Zum Teil organisiert sich die Gewerkschaftsbasis ausdrücklich nicht unter gewerkschaftlichem Banner. So stammen die Mitglieder der *Iaioflautas*<sup>2</sup>, eine RentnerInnengruppe, die vor allem durch Bankbesetzungen bekannt wurde, aus der sozialdemokratischen Gewerkschaft UGT (Unión General del Trabajo) und der IU-nahen Gewerkschaft CC.OO. (Comisiones Obreras). Und die

2 *Iaioflautas* ist eine Anspielung auf „perroflautas“, Gammler, wie die Presse einige der Protestierenden bezeichnet. „Iaio“ ist an yayo/yaya (Opi/Omi) angelehnt.

als Mareas (Fluten) bekannten Bewegungen im Bildungs- und Gesundheitssektor eigneten sich die Versammlungspraxis des 15-M an, statt ihre Proteste gewerkschaftlich zu strukturieren.

Im Januar 2014 entstand Podemos („wir können“) infolge eines politischen Manifests von Beteiligten an der Bewegung der Plätze. Es gründeten sich Basiszirkel, während die Leitung von Beginn an feststand. Auf der Mitgliederversammlung im Oktober 2014 in der Vista-Alegre-Halle in Madrid nahm Podemos eine konventionelle Parteistruktur an. Für die verschiedenen Ämter standen zwei geschlossene Listen zur Wahl; der Vorschlag der Leitung gewann. Die Struktur von Podemos war, ebenso wie die strategische Ausrichtung, stets stark von oben geprägt. Bei den EU-Wahlen im Mai 2014 erhielt Podemos fast acht Prozent und wurde viertstärkste Kraft. Nach diesem erfolgreichen Start stiegen die Umfragewerte weiter und erreichten zwischen November 2014 und Ende März 2015 einen Höhepunkt, als gut ein Viertel der Befragten angaben, für Podemos stimmen zu wollen. In einigen Umfragen war Podemos sogar stärkste Kraft, noch vor dem Partido Popular (PP). Doch von da an sank der Zuspruch zu Podemos wieder kontinuierlich und lag im Herbst 2015 bei nur noch 13 bis 16 Prozent.<sup>3</sup>

Podemos hat sich die Populismus-Thesen von Ernesto Laclau zu eigen gemacht und sich an Lateinamerika orientiert<sup>4</sup> –

3 <http://www.electograph.com/p/electograph-poll-of-polls.html>

4 Populismus bietet für Laclau die Möglichkeit, in Hegemoniekrisen und mit einer Dichotomisierung des sozialen Raums gegen das herrschende System einen breiten Teil der Bevölkerung als kollektiven Akteur aufzubauen. Populismus ist geprägt von einer charismatischen Führung

auch wenn man sich aus wahltaktischen Gründen ständig von Venezuela distanzieren. Der Anpassungsdruck hinsichtlich Inhalt und Struktur wird bei Podemos besonders deutlich. Podemos Strategie ist, sich als Kraft zu präsentieren, die keine Verbindung zum politischen Establishment hat und die nächsten Wahlen gewinnen kann. Dafür verortet Podemos sich in der Mitte und sucht dort nach Stimmen. Der Bewegungsvorschlag eines konstituierenden Prozesses, der auch den Beginn von Podemos prägte, ist von der Entscheidung verdrängt worden, den Verfassungsrahmen nicht zu verlassen. Podemos richtet seine politischen Positionen und Vorschläge an dem aus, was es im spanischen Kontext für kulturell und politisch akzeptiert hält. So wurde etwa aus dem „Nicht-Bezahlen der Schulden“ im Programm für die EU-Wahlen im Mai 2014 das „Nicht-Bezahlen der illegitimen Schulden“ und im Oktober 2014 schließlich die einvernehmliche „geordnete Restrukturierung“ der Schulden (Manetto 2014). Diese Herangehensweise reduziert die Möglichkeiten sozialer Transformation drastisch und verkennt die Bedeutung gesellschaftlicher Dynamiken. Das Beispiel der Plattform der Hypothekengeschädigten (PAH) mit ihrem Widerstand gegen Zwangsräumungen und den Besetzungen ganzer Wohnblöcke zeigt, dass es möglich ist, eigene Vorstellungen von Legitimität gesellschaftlich breit zu verankern, selbst gegen herrschende Legalität.

Doch der Bewegungskarakter von Podemos verflöcht schnell. „Seit Vista Alegre leugnet sie in Diskurs und Vorgehen, was nach eigener Aussage die Quelle eigener unerbittlicher Protestenergie sein sollte:

und einem radikal anti-oligarchischen bzw. Anti-Establishment-Diskurs (Laclau 2005; 2014).

die 2011 begonnene Bewegung des Aufstandes der BürgerInnen. Weit weg ist der Ruf 'Sie repräsentieren uns nicht' [...]. Sie ist schlagartig gealtert, sie hat sich transformiert in eine funktionale Partei, integriert in die von der Transition geerbte institutionelle Struktur, die sie in ihren Ursprüngen so drastisch hinterfragt hat. Sie hat die originäre Rebellion und Unerbittlichkeit durch einen spekulativen Gatopardismo [oberflächliche Änderung bei der alles gleich bleibt; Anm.: D.A.] ersetzt. Dieser ist der Transparenz und Würdegebung der Politik, die sich 'die Leute' – an die sie [Podemos] so sehr appelliert hat – ersehnen, völlig fremd“ (Azcarate 2015). Zentralismus, Reformismus und Personalismen prägen mittlerweile auch Podemos. Politische und strategische Positionierungen werden von einigen wenigen ParteiführerInnen über die Massenmedien lanciert. Zugleich wird in den öffentlichen Hahnenkämpfen zwischen IU- und Podemos-Spitzen nicht mit Disqualifizierungen gespart.

Bei den Wahlen zum katalanischen Parlament Ende September 2015 trat Podemos gemeinsam mit der katalanischen IU-Sektion und anderen Parteien an. Die Liste landete mit 8,94 Prozent auf dem vierten Platz. Die eigentliche Überraschung war die CUP mit 8,2 Prozent. Die CUP, die ihre Stimmen im Vergleich zur letzten Wahl fast verdreifachen konnte, ist links, dezidiert antikapitalistisch und für die Unabhängigkeit Kataloniens. Sie funktioniert über Versammlungen und erklärt: „Unser institutionelles Engagement soll niemand anderes repräsentieren als die organisierten Leute“ (Diagonal 2015). So wird sie auch von den WählerInnen verstanden. „Die CUP repräsentiert uns nicht, weil niemand uns repräsentiert. Sie ist nicht die Avantgarde, noch der Transmissionsriemen der Bewegungen. Sie ist einfach Teil der Bewegungen“ (Diagonal 2015).

Der CUP gelang es, die bürgerlich-nationalistische Bewegung Kataloniens, die einen Unabhängigkeitsprozess im Einklang mit dem Spanischen Zentralstaat wollte, zu einer Position zu bringen, die sich erklärt ungehorsam versteht. Anfang November 2015 wird im katalanischen Parlament mit den Stimmen der CUP der Weg zur Unabhängigkeit beschlossen werden, verknüpft mit der Erklärung, die Entscheidungen spanischer Verfassungsgerichte nicht anzuerkennen. Dieser offene Bruch mit der autoritären Spanischen Verfassung und der Unabhängigkeitsprozess könnten eine Dynamik auslösen, in der große Chancen sozialer Transformation stecken.

Die Erklärung von IU und Podemos, es sei „nationalistisch“ und nicht „sozial“ gewählt worden, ist zu einfach: Die soziale Programmatik der CUP ist radikaler als die von Podemos und IU und ihre Verankerung in den sozialen Kämpfen stärker. Die CUP ist auch als konsequent basispolitisch und antiinstitutionell bekannt und betrieb kaum Wahlkampfaufwand. Die Reaktion der Führung von Podemos und IU zeigt, wie schnell Podemos die Parteiattitüde angenommen hat, mit der auch IU immer wieder unangenehm auffällt: Schuld sind immer die anderen, wenn es nicht so läuft, wie es die Parteiführung vorgesehen hat. Derartige Vorgehensweisen verursachen in Podemos immer wieder Dissens, Konflikte und Austritte. In Katalonien trat in Ablehnung der Analyse der Parteiführung ein Viertel der regionalen Leitung zurück, die Vorsitzende miteingeschlossen. Und während die Nummer zwei von Podemos, Íñigo Errejón, die einseitige Erklärung des katalanischen Parlaments, einen Weg in Richtung Unabhängigkeit einzuschlagen, als „inakzeptabel“ bezeichnete, stimmten sechs der elf katalanischen Podemos-Abgeordneten für die neue Parlamentspräsidentin, die zu

den UnabhängigkeitsbefürworterInnen gehört. In Galizien wurde eine kritische Strömung konstituiert, die eine Rückbesinnung auf die ursprünglichen Werte und Inhalte sowie die Wiederbelebung der Basisversammlungen fordert.

Eine unterschiedliche institutionelle Strategie haben andere Teile der Bewegungen eingeschlagen. Für die Kommunalwahlen Ende Mai 2015 setzten sie auf breite linke Bündnisse von unten. Die Listen erzielten nirgendwo die Mehrheit, wurden aber in wichtigen Städten zur ersten oder zweiten Kraft (hinter der rechten Partido Popular), was den Weg für linke Koalitionen oder Minderheitsregierungen öffnete, die von den Listen angeführt wurden. Barcelona, Madrid, A Coruña, Badalona, Cádiz, Pamplona, Santiago de Compostela und Zaragoza haben seitdem sogenannte Rathäuser des Wechsels.

In Barcelona trat Ada Colau, ehemalige Sprecherin der Plattform der Hypothekengeschädigten (PAH), für die Liste Barcelona en Comú (Barcelona Gemeinsam) an. BComú besteht aus der Initiative Guanyem Barcelona, den katalanischen Grünen, der katalanischen IU, Podemos und weiteren Parteien und Initiativen. BComú wurde mit 25,2 Prozent erste Kraft und Colau mit den Stimmen der katalanischen PSOE, der katalanischen sozialdemokratischen ERC und der CUP zur Bürgermeisterin gewählt. Die neue Stadtverwaltung traf gleich verschiedene aufsehenerregende Entscheidungen. Dazu gehörte der Rückzug der Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2026 aus ökologischen und sozialen Gründen, ein einjähriges Moratorium für Lizenzen für Hotels und Ferienwohnungen, die Entfernung der Büste des Königs Juan Carlos aus dem Plenarsaal des Rathauses und die symbolische Erklärung gegen das TTIP. Zudem wurde verkündet, dass Barcelona

eine „Stadt der Zuflucht“ sei. Es wurden 10 Millionen Euro Sondermittel für die Betreuung von Flüchtlingen bereitgestellt, Solidaritätsgruppen und die Koordination bekommen öffentliche Unterstützung. Das waren alles Forderungen der Bewegungen.

Eine Untersuchung zu der Umsetzung des Wahlprogramms nach den ersten 120 Tagen Amtszeit stellt fest: „BComú hat 11 der 35 im Sofortplan enthaltenen Maßnahmen umgesetzt und 60% des Programms in die Wege geleitet, aber wichtige soziale Aspekte sind noch ausstehend“ (Casellas et al. 2015). Darunter finden sich auch einige der Kernthemen von BComú, wie partizipative Stadtverwaltung, bezahlbarer Wohnraum und der Stopp von Wohnimmobilienpfändungen. Ein Treffen von Colau mit diversen Finanzinstituten blieb ergebnislos. Der Sprecher der PAH, Carlos Macías, erinnert die ehemalige PAH-Sprecherin und heutige Bürgermeisterin: „An den guten Willen der Finanzinstitutionen zu appellieren, hat sich als völlig unwirksam erwiesen“ (ebd.).

Indes sieht es sechs Wochen vor den Parlamentswahlen vom 20. Dezember 2015 aus, als würden zwei linke Wahllisten antreten – eine breitere um Podemos und eine kleinere um IU. Damit ist ein linker Wahlsieg noch unwahrscheinlicher geworden. Hinzu kommt der Aufschwung der rechten Partei Ciudadanos (Bürger). 2006 in Barcelona als wirtschaftsliberale Regionalpartei gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens gegründet, kandidiert Ciudadanos in ganz Spanien und präsentiert sich als frische und unverbrauchte Kraft, gegen Korruption und bürgernah. Mit einer ähnlichen Strategie wie Podemos wurde Ciudadanos zum neuen Projekt der spanischen Eliten. In Umfragen stieg die Zustimmung ab Ende 2014 kontinuierlich, und im Herbst 2015 überholte Ciudadanos Podemos. Eine Anti-Austeritätsregierung

wird aus den Wahlen sicher nicht hervorgehen. Das 2011 eröffnete Möglichkeitsfenster ist geschlossen.

## Einige Schlussfolgerungen

Die erhoffte Verdichtung in der Partei funktioniert nicht: In Spanien wurden mehr Parteien gegründet, als es Bewegungen gab und in Griechenland, im Augenblick der einzige EU-Staat mit einer Linkspartei-Regierung, haben die meisten Bewegungen mit Syriza gebrochen, nachdem das Memorandum unterzeichnet wurde. Die erste und bisher einzige vermeintliche Anti-Austeritätsregierung setzt die Austerität um, während ansonsten keine weitere Anti-Austeritätsregierung in Sicht ist. Daher ist auch der Begriff „Mosaiklinke“ (Candeias 2010; Urban 2010) problematisch. Ein Mosaik ergibt ein Gesamtbild. Parteien und Selbstorganisation ergeben aber kein Gesamtbild, oder bestenfalls eines, das Strukturalismus und Expressionismus vereinen will. Ebenso problematisch ist eine Aufgabenteilung zwischen Parteien und Bewegungen, wie sie etwa Kleine (2012) formuliert. Parteien und Selbstorganisation folgen einer gegensätzlichen Logik. Parteien wie Institutionen fußen auf der Plan- und Quantifizierbarkeit sozialer Prozesse. Bewegungen und Selbstorganisation leben wesentlich vom Moment der Unvorhersehbarkeit, der Nicht-Planbarkeit, und ein großer Teil der Transformationen, wie etwa die der sozialen Beziehungen, sind nicht quantifizierbar. Nur so können sie etwas Neues erschaffen. Parteien und Institutionen, vor allem nationaler Reichweite, tendieren zur Homogenisierung und zu arithmetischen Kompromissen, während Bewegungen und Selbstorganisation der vergangenen 20 Jahre die Differenz und gemeinsame Prozesse zur Grundlage ihrer Produktivität hatten. Und während direkte Demokratie,

Partizipation und eine radikale Gleichheit der Beteiligten die Matrix der Bewegungen sind (Azzellini 2013; 2014; Sitrin/Azzellini 2014), tendieren Parteien eher zum Gegenteil.

Es erscheint daher sinnvoller, das Verhältnis zwischen institutionalisierten Politikformen und Selbstorganisation von vorneherein als eines zu denken, das antagonistisch ist und dessen Produktivität aus einem Spannungsverhältnis von Kooperation und Konflikt erzeugt wird. Es ist kein Verhältnis, in dem sich Parteien und Bewegungen gegenseitig ergänzen und es kann auch keine Synthese geben, da die Differenz immer erhalten bleibt. Zudem teilt die Vorstellung der Synthese oder Verdichtung der Partei automatisch eine übergeordnete Bedeutung zu. Die Dynamik von Konflikt und Kooperation eignet sich auch in Situationen zur Analyse, in denen die Partei oder die Institution aus den Bewegungen kommt, wie im Fall von Barcelona und der PAH deutlich wird. Leider überwiegt in den meisten Ländern der Konflikt gegenüber der Kooperation.

Die interessantesten institutionellen Ansätze sind bisher die lokalen Wahllisten in Spanien und die CUP in Katalonien, die gar nicht den Anspruch haben, eine Synthese herzustellen oder sich zu politischen Prozessen zu verdichten. Beide Ansätze stehen vor harten Bewährungsproben, die ihre Glaubwürdigkeit und die Unterstützung für sie schnell erodieren lassen können. Die CUP unterstützt eine nationalistische Regierung, um einseitig einen Unabhängigkeitsprozess in die Wege zu leiten. Die CUP und die Linke werden sowohl gegen den Spanischen Zentralstaat wie auch gegen die katalanische Bourgeoisie kämpfen müssen, aber es öffnet sich durchaus ein Möglichkeitsfenster. Die CUP hat mit ihrer Strategie, sich an sozialen Kämpfen und Ungehorsam zu beteiligen und auf einen

Bruch mit der konstitutionellen Ordnung zu drängen, sowie ihrer Mitarbeit in den Institutionen gezeigt, wie eine solche institutionelle Mitarbeit Möglichkeitsfenster für Veränderung öffnen kann.

Mit den linken Wahllisten in den Städten ist auf lokaler Ebene gelungen, was landesweit kaum erkennbar ist: eine produktive Kooperation zwischen fast allen linken Gruppen und Parteien und eine breite Beteiligung lokaler Initiativen. Die KandidatInnen wurden in Primärwahlen ermittelt und das Programm demokratisch von unten erarbeitet. Auf der lokalen Ebene hat sich die Kooperation als einfacher erwiesen als auf nationaler Ebene. Nun müssen die linken Stadtverwaltungen (fast alles Minderheitsregierungen) noch unter Beweis stellen, dass sie eine grundlegende Alternative darstellen und eine Antwort auf die von ihnen kritisierten strukturellen Probleme und auf die mangelnden Partizipationsmöglichkeiten in der Gestaltung der Stadtpolitik haben. Es wird wichtig sein, dass sie sich ihrer Ursprünge und der Kreativität des 15-M erinnern. Allein im institutionellen Rahmen ist keine wirkliche Veränderung möglich.

Und hier wird in Spanien ein weiteres Dilemma deutlich: die Parteigründungen und Wahllisten, die Wahlkampfaktivitäten und die Übernahme institutioneller Posten haben zu einer allgemeinen Abnahme von Bewegungsaktivitäten geführt. Alle Hoffnungen konzentrieren sich auf Wahlen. Für gesellschaftliche Veränderungen ist aber gesellschaftliche Mobilisierung notwendig. Nicht nur, um auch auf linke Parteien und Verwaltungen Druck auszuüben, sondern vor allem um gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verschieben und so Räume für eine andere Politik zu öffnen. Es besteht die Gefahr des „Trugschlusses des Politischen“: „Das ist die Vorstellung, dass eine politische Rekonfiguration durch

irgendeine Art *politischer Repräsentation* einen radikalen Wechsel in den sozialen Beziehungen und in den Systemen sozialer Reproduktion generieren und aufrechterhalten kann.“ (De Angelis 2014).

Die Parteiform, auf die mitunter ungeduldig gedrängt wurde, hat nicht das Problem gelöst, dass es bisher noch nicht gelungen ist, die verschiedenen gesellschaftlichen Kämpfe in einem alternativen Gesellschaftsprojekt zu vereinen. Die neuen Formen können nur von unten, aus der Praxis heraus, entwickelt werden. Die Partei oder Wahlliste kann sie nicht ersetzen. In Griechenland ist es nun die einzige Alternative zur Resignation. Dort bilden die selbstorganisierten Netzwerke und Aktivitäten die Grundlage, indem sie antikapitalistische Gemeingüter (Commons) schaffen: Von den über 50 autonomen Solidaritätskliniken, über neue Genossenschaften, Tauschringe, urbanen Gärten, besetzten Betriebe, Basisgewerkschaften und Stadtteilorganisation bis zu den vielen anderen Initiativen, die den Menschen das Überleben auf kollektive und solidarische Weise ermöglichen. Das sind die derzeitigen Alternativen zum gesellschaftszersetzenden „Alle gegen alle“ von Kapitalismus und Austerität. Von dort aus muss auch der gesellschaftliche und politische Konflikt organisiert werden. Das klingt bescheiden, doch diese Initiativen und Netzwerke haben um ein Vielfaches mehr getan, um der griechischen Bevölkerung eine Antwort im Alltag zu geben und zugleich eine andere Form gesellschaftlicher Organisation sichtbar zu machen, als Syrizas an der Regierung.

## Literatur

- Agamben, Giorgio (2015): Europa muss kollabieren. In: *Die Zeit*, Nr. 35, 27.8.2015.  
URL: <http://www.zeit.de/2015/35/giorgio->

- agamben-philosoph-europa-oekonomiekapitalismus-ausstieg/komplettansicht, Zugriff: 23.10.2015.
- Azcárate, Alberto (2015): Ahora en Común y el cierre institucional, o el milagro que no llegó. In: *Periódico Diagonal*, 6.10.2015. URL: <https://www.diagonalperiodico.net/global/27968-ahora-comun-y-cierre-institucional-o-milagro-no-llego.html>, Zugriff: 23.10.2015.
- Azzellini, Dario (2014): Ein Epochenbruch. Die neuen globalen Proteste zwischen Organisation und Bewegung. In: *PROLKA* 44(4): 495-512.
- (2013): Der globale Aufstand. In: Kraft, Michael G. (Hg.): *Soziale Kämpfe in Ex-Jugoslawien*, Wien: 30-46.
- Candeias, Mario (2010): Von der fragmentierten Linken zum Mosaik. In: *LUXEMBURG* 1/2010: 6-17.
- (2013): Eine Situation schaffen, die noch nicht existiert. In *LUXEMBURG* 1/2013: 144-147.
- Casellas, Judit et al. (2015): Radiografía (crítica) dels 120 dies de Barcelona en Comú al poder. In *Critic*, 13.10.2015. URL: <http://www.elcritic.cat/investigacio/radiografia-critica-dels-120-dies-de-barcelona-en-comu-al-poder-6244>, Zugriff: 23.10.2015.
- De Angelis, M (2014). Social Revolution and the Commons. In: *South Atlantic Quarterly* 113(2): 299-311.
- Diagonal (2015): Los CUP por las CUP: once frases para conocer a la izquierda independentista de Catalunya. In: *Diagonal*, 30.9.2015. URL <https://www.diagonalperiodico.net/panorama/27930-cup-once-frases.html>, Zugriff: 23.10.2015.
- Diktyo (Netzwerk für politische und soziale Rechte) (2015): Erklärung von Diktyo zur Wahl in Griechenland, 20.9.2015. URL: <http://athens.blockupy.org/post/129486160945/erklarung-von-diktyo-zur-wahl-in-griechenland>, Zugriff: 23.10.2015.
- Kleine, Christoph (2012): Partei, Bewegung, Radikale Linke. Strategische Bündnisse brauchen Eigenständigkeit der Beteiligten. In: *LUXEMBURG* 3/2012: 140-145.
- Laclau, Ernesto (2014): Warum Populismus. In: *LUXEMBURG* 1/2014: 6-13.
- (2005): *On Populist Reason*, London-New York.
- Manetto, Francesco (2015): Podemos insiste en la centralidad para competir con el PSOE y Rivera. In: *El País*, 5.10.2015.
- Negri, Antonio (2015): Toni Negri, l'ex leader di Potere Operaio: „Diamo fiducia a Tsipras perché non diventi un Renzi“. In: *L'Huffington Post*, 12.9.2015. URL: [http://www.huffingtonpost.it/2015/09/12/toni-negri-renzi-tsipras\\_n\\_8126756.html](http://www.huffingtonpost.it/2015/09/12/toni-negri-renzi-tsipras_n_8126756.html), Zugriff: 23.10.2015.
- Ostrogorski, Moissei J. (1902): *Democracy and the Organization of Political Parties*, Norwood 1922.
- Porcaro, Mimmo (2011): Linke Parteien in der fragmentierten Gesellschaft. In: *LUXEMBURG* 4/2011: 28-34.
- (2013): Occupy Lenin. In: *LUXEMBURG* 1/2013: 132-139.
- Rehmann, Jan (2012): Occupy Wall Street – eine gramscianische Analyse. In: *Das Argument* 54(6): 897-909.
- (2013): Verbindende Partei oder zurück zum „Bewegungskrieg“? In *LUXEMBURG* 1/2013: 140-143.
- Sitrin, Marina/Azzellini, Dario (2014): *They Can't Represent Us!: Reinventing Democracy from Greece to Occupy*, London-New York.
- Sitrin, Marina (2012): Occupy Wall Street and the Meaning of Success. In: *Huffington Post*, 14.9.2012. URL: [http://www.huffingtonpost.com/marina-sitrin/occupy-wall-street-anniversary\\_b\\_1884829.html](http://www.huffingtonpost.com/marina-sitrin/occupy-wall-street-anniversary_b_1884829.html), Zugriff: 23.10.2015.
- Urban, Hans-Jürgen (2010): Lob der Kapitalismuskritik. Warum der Kapitalismus eine starke Mosaik-Linke braucht. In: *LUXEMBURG* 1/2010: 18-29.
- Wainwright, Hilary (2012): Griechenland: Syriza weckt Hoffnungen. In: *LUXEMBURG* 3/2012: 118-125.